

**Steffen Zillich**

Parlamentarischer Geschäftsführer  
Haushaltspolitischer Sprecher

**DIE LINKE.**  
im Abgeordnetenhaus von Berlin

DIE LINKE. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin • Niederkirchnerstr. 5 • 10111 Berlin

Herrn Reiner-Maria Fahlbusch  
Kadettenweg 66, 12205 Berlin  
rm.fahlbusch@gmail.com

Herrn , Andreas Volbracht  
Brentanostraße 68, 12163 Berlin  
avol67@gmail.com

Herrn Sönke Harm Pörksen  
Liebenowzeile 20a, 12167 Berlin  
harm.poerksen@t-online.de

Berlin, Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Fahlbusch,  
sehr geehrter Herr Volbracht,  
sehr geehrter Herr Pörksen,

Anfang Oktober d.J. haben Sie ein Schreiben zu den „Auswirkungen des Verzichts auf Verbeamtung von Lehrkräften in Berlin“ an die Abgeordneten unserer Fraktion geschickt. Wir möchten Ihnen darauf für die Fraktion antworten.

Es wird Sie vermutlich nicht überraschen, dass wir an der 2004 getroffenen Entscheidung, Lehrkräfte grundsätzlich nicht mehr zu verbeamten, festhalten. Das ist angesichts des erheblich gestiegenen Einstellungsbedarfs in nahezu allen Bundesländern und der Tatsache, dass Berlin nunmehr das einzige Bundesland ist, das Lehrkräfte nicht verbeamtet, sicher keine einfache Entscheidung. Doch statt in mehr oder weniger großen Zeitabständen zwischen Verbeamtung und Nichtverbeamtung zu wechseln, wie das auch schon vor 2004 geschehen ist, setzen wir auf eine dem Beamtenstatus gleichwertige oder bessere Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse für angestellte Lehrkräfte sowohl in rechtlicher als auch in finanzieller Hinsicht. Unsere Fraktion ist in dieser Hinsicht parlamentarisch aktiv, zuletzt mit einem Antrag in der vorangegangenen Wahlperiode (Drucksache 17/0863).

Die Personalsituation im Schulbereich ist problematisch. Es fehlt an vollausgebildeten Lehrkräften, die für die Einstellung zur Verfügung stehen. Der Anteil von Quereinsteiger\*innen und mit diesem Schuljahr auch von Lehrkräften ohne volle Lehrbefähigung ist hoch und anwachsend. Es sind mittlerweile alle Bundesländer vom Lehrkräftemangel betroffen. Immerhin konnten in Berlin für das laufende Schuljahr alle Stellen besetzt werden. In Nordrhein-Westfalen blieben zum Beispiel zum Schuljahresanfang 3.700 Stellen

DIE LINKE. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin  
fon: 030.23252571, fax: 030.23252515  
zillich@linksfraktion.berlin

unbesetzt, in Baden-Württemberg 700, in Sachsen-Anhalt 200. Der Lehrerverband sagt, aktuell würden in den Ländern 10.000 Lehrkräfte fehlen. Da ist Berlin nicht dabei, denn alle Stellen wurden besetzt. Bundesweit sollen ebenfalls nach Erfassung durch den Lehrerverband 30.000 Stellen mit Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern, Lehramtsstudierenden oder zurückgeholten Pensionärinnen und Pensionären besetzt sein. Das betrifft auch Berlin. Verbeamtung löst die grundsätzlichen Probleme nicht. Diese liegen erstens im über Jahre betriebenen Studienplatzabbau, zweitens darin, dass auch bei exponentiell wachsender Kinderschar in Deutschland bisher nur Berlin hier umgesteuert hat, nicht aber die Universitäten und Hochschulen der anderen Bundesländer, drittens darin, dass die Grundschullehrkräfte so lange so schlecht bezahlt wurden, bis Rot-Rot in Brandenburg und Rot-Rot-Grün in Berlin beschlossen haben, das zu ändern.

Sie machen für die problematische Personalsituation zwei Fehlentscheidungen geltend. Dazu merken wir an:

- Zum Verzicht auf die Schaffung von ausreichenden Kapazitäten für die Ausbildung von Lehrkräften an den Universitäten

Der Ausbau von Studienplätzen in den Lehramtsstudiengängen und die Bedarfsanmeldung hierfür durch die Bildungsverwaltung hätten schon angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle deutlich früher erfolgen müssen. Dem wirkten aber auch der Spar- druck, unter dem die Universitäten standen, und der langjährige Personalabbau im Lehrkräftebereich angesichts zunächst rückläufiger Schülerzahlen entgegen. Lange Zeit gab es nur einen schmalen Einstellungskorridor für wenige so genannte Mangelfächer. Noch zu Beginn der vorangegangenen Legislaturperiode ging Senatorin Sandra Scheeres von einer demografischen Rendite für die personelle Ausstattung der Schulen aus. Dazu kam es nicht. Im Gegenteil, die Situation kehrte sich um. Immerhin wurden in den Hochschulverträgen 2014 bis 2017 jährlich 1.000 Absolventen der Lehramtsstudiengänge vereinbart. Diese Zahl wurde jedoch nicht erreicht. In den laufenden Hochschulverträgen wurde die Absolventenzahl auf 2.000 verdoppelt und zudem nach Schularten / Schulstufen und Fächern präzisiert. Die Universitäten unternehmen große Anstrengungen, um dieses Ziel zu erreichen, wie in einer Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 10. September 2018 deutlich wurde.

- Zum Verzicht auf die Verbeamtung von Lehrkräften

Berlin verbeamtet Lehrkräfte seit 2004 nicht mehr. Voraussetzung dafür war eine Änderung des Landesbeamtengesetzes mit der im § 6 Absatz 1 der Satz „Zur Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse gehört auch die Lehrtätigkeit an öffentlichen Schulen und die Lehr- oder Forschungstätigkeit an öffentlichen Hochschulen.“ gestrichen wurde. Drucksache 15/1983). Die Änderung wurde vom Abgeordnetenhaus am 4. März 2004, nebenbei einstimmig, beschlossen. (Plenarprotokoll 15/046)

Wir teilen Ihre Einschätzung hinsichtlich eines Widerspruchs zwischen der Entscheidung der Legislative, lediglich die Möglichkeit der Nichtverbeamtung zu schaffen, und der Verwaltungspraxis der Exekutive, ohne Senats- und ohne Parlamentsbeschluss grundsätzlich nicht mehr zu verbeamten, nicht. In der Begründung der Änderung des LBG heißt es



hierzu: „Die Änderung bewirkt, dass künftig die Entscheidung, ob Lehrer im Beamtenverhältnis oder im Angestelltenverhältnis eingestellt werden, vom Dienstherrn im Rahmen des Artikels 33 Abs. 4 GG zu treffen ist.“

Hinsichtlich der finanziellen Folgen der Nichtverbeamtung bzw. der Verbeamtung von Lehrkräften teilen wir die Auffassung, die auch durch verschiedene Gutachten belegt ist, dass die Verbeamtung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte und die Neueinstellung von Lehrkräften im Beamtenverhältnis bestenfalls zu kurzfristigen und durchaus nennenswerten Haushaltsentlastungen führen würde. Diese würden allerdings durch die zur Gegenfinanzierung der künftigen Versorgungslasten erforderlichen Rückstellungen für einen Pensionsfonds und der zusätzlichen Beihilfeaufwendungen wieder kompensiert werden. Bei einem Verzicht auf die Bildung eines Pensionsfonds würden die Versorgungslasten mittel- und langfristig entstehen.

Zu den von Ihnen dargestellten Alternativen und deren Bewertung:

Wir halten die Rückkehr zur Verbeamtung der Lehrkräfte nicht für den besten Weg, um die Wettbewerbsposition Berlins bei der Gewinnung von Lehrkräften zu stärken. Wir setzen stattdessen, wie zu Beginn angemerkt, auf die gleichwertige und bessere Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse angestellter Lehrkräfte mit dem Ziel, die Attraktivität des Lehrerberufs in Berlin zu erhöhen, die in den vergangenen Jahren entstandenen Gerechtigkeitslücken zwischen Tarif und Besoldung zu schließen sowie Grundlagen für ein modernes Dienstrecht für Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen. Dazu gehört auch, den Rahmen zu schaffen, der quereinsteigenden Lehrkräften und Lehrern ohne volle Lehrbefähigung die Möglichkeit eröffnet, sich zu vollwertigen und gleichgestellten Lehrkräften zu qualifizieren. Der Anfang dazu ist gemacht. Im Haushalt wurden für 2018 insgesamt 26 Mio. € und für 2019 insgesamt 33 Mio. € für die Qualifizierung und Unterstützung der Quereinsteigenden und der sie betreuenden Lehrkräfte eingestellt. Die Koalitionsfraktionen haben dieses Programm über einen Antrag weiter gestärkt und präzisiert. (Drucksache 18/1143) Weitere Schritte werden in den bevorstehenden Beratungen für den Haushalt 2020/2021 erfolgen.

Wir werden Ihrem Appell, zur Verbeamtung von Lehrkräften zurückzukehren, nicht folgen. Unabhängig von haushalterischen Erwägungen oder von vermeintlichen Wettbewerbsvorteilen bei der Lehrkräftegewinnen vertreten wir die Auffassung, dass Tätigkeiten von Lehrerinnen und Lehrern keine hoheitlichen Aufgaben sind und keiner Verbeamtung bedürfen.

Mit freundlichen Grüßen



Steffen Zillich